

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Hoffnung, Darayya in Syrien 2011

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

SYRIEN IM UMBRUCH

Entwicklungen wie auf Treibsand

In der Nacht auf Sonntag, den 8. Dezember 2024, war Damaskus, wie zuvor auch Aleppo und Homs, kampflos an die islamistischen Rebellen gefallen. Der unerwartet rasante Umbruch hat den Einfluss alter Akteure im Land, wie den des Iran und Russlands empfindlich reduziert; neue treten auf die Kriegsschaubühne.¹

Der türkische Aussenminister Hakan Fidan forderte am vergangenen Sonntag die syrischen Oppositionsgruppen auf, sich jetzt zusammenzuschliessen: «Es ist an der Zeit, das Land wieder zu vereinen und wieder aufzubauen», sagte er vor Journalisten am Rande des Doha-Fforums in Katar.

Sich Ankara beugen?

Die Türkei wähnt sich in diesem Konflikt als der «grosse Sieger». Ohne das grüne Licht aus Ankara hätten die islamistischen Rebellen ihren Vormarsch auf Aleppo und Damaskus vermutlich nie begonnen. Dies ist sich Aussenminister Fidan Hakan bewusst. Als Gegenleistung für den unverhofften Sturz Assads möchte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan dem «neuen Damaskus» seine Syrien-Politik mitdiktieren können.

Heute ist Abu Mohammed al-Jolani das Gesicht des rasanten Siegs; er ist der populärste Führer der sunnitischen Opposition in Syrien und mächtiger als je zuvor. Wird er sich den Wünschen Ankaras etwa im Konflikt mit den Kurden in Nordsyrien beugen? In Ankara werden bereits Zweifel laut, ob sich die Türkei auf Abu Mohammed al-Jolani verlassen kann. Im Sotschi-Abkommen, das 2016 von Russland, dem Iran und der Türkei unterzeichnet wurde, hatte sich Ankara verpflichtet, in der Provinz Idlib im Nordwesten Syriens die Macht al-Jolanis und seiner islamistischen Bewegung Hayat Tahrir al-Sham (HTS) einzuschränken. Dies ist Ankara nie gelungen. Die HTS hat ihre Wurzeln in der arabischen al Qaida; ihr Führer Al-Jolani agierte meist unabhängig. Hakan Fidan war vor seinem jetzigen Amt als Aussenminister Leiter des türkischen Geheimdienstes (MIT).

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ich hoffe, Ihr habt schöne Feiertage verbracht und Energie für das neue Jahr getankt! Im letzten Monat hat sich, insbesondere in Syrien, auf politischer Ebene viel verändert. Daher ist diese Nummer – mit einem Schwerpunkt Naher Osten – etwas länger geworden. Zwei lange Interviews, die Einblick in die Situation im Libanon und im Westjordanland geben sowie eine Analyse über die Lage in Syrien. Des Weiteren, zurück in Europa, ein Beitrag über Rumänien nach der katastrophalen Präsidentenwahl. Und – in Fortsetzung des Artikels in der Dezembernummer – die Aussagen von zwei ehemaligen Verdingkindern in der Schweiz.

Wir freuen uns, dass Ihr weiterhin Archipel lest – auch wenn er, gemäss der Weltlage, nicht immer erfreulich ist, und wir sind gespannt auf Eure weiteren Reaktionen und wünschen Euch ein gutes, friedvolles Jahr!

Für das Archipel-Team,
Constanze Warta

Zusatz in letzter Minute: Jetzt reiht sich auch Österreich in die Riege der Länder mit rechtsextremen Regierungen ein. Wir hatten – mit einem grossen Teil der Bevölkerung – versucht, dieses Horror-Szenario zu vermeiden. Es ist scheusslich und hoffentlich nicht von Dauer!

Während seiner langen Amtszeit baute er den MIT, der bis dahin eher über begrenzte Kompetenzen verfügte und sich vor allem auf «innere Feinde» konzentrierte, zu einer mächtigen Institution aus, die sich nun auf einer Stufe mit der amerikanischen CIA oder etwa dem israelischen MOSSAD sieht. Die Gründung der sogenannten «Syrischen Nationalarmee» (SNA) fiel mit Hakans Vorsitz der MIT zusammen. Die SNA wurde nach 2016 von Ankara in der Hoffnung ausgebildet und bewaffnet, einen Regierungswechsel in Damaskus herbeiführen zu können. Entgegen allen Erwartungen blieb die SNA jedoch bis zuletzt ein loser Zusammenschluss korrupter Warlords.

Al-Jolanis HTS und die SNA bilden heute den wichtigsten bewaffneten Arm der syrischen sunnitischen Opposition. Die Sunniten stellen mit 75 Prozent die überwältigende Mehrheit der syrischen Bevölkerung. Der türkische Außenminister rief in Doha eindringlich zur Vereinigung aller syrischen Oppositionsgruppen auf. «Das Prinzip der Inklusion aller darf niemals in Frage gestellt werden», sagte Hakan Fidan. Mehr als ein Appell sollten seine Worte eine unmissverständliche Warnung an al-Jolani sein, nicht die Alleinherrschaft in Damaskus anzustreben.

Syrischer Kulturkampf

Der Einmarsch der Rebellen in Damaskus hat Präsident Baschar al-Assad zur Flucht gezwungen. Die russische Nachrichtenagentur TASS bestätigte, dass ihm und seiner Familie in Moskau politisches Asyl gewährt wurde. Damit ging die ein halbes Jahrhundert währende Herrschaft der Familie al-Assad endgültig zu Ende.

Diese begann mit Hafiz al-Assad, dem Vater des jetzt gestürzten Präsidenten. Hafiz strebte in Syrien einen arabisch-nationalistischen Staat nach dem Vorbild des Irak und Ägyptens an und verordnete seinem Volk einen strikten Säkularismus. Da die Bevölkerung mehrheitlich sunnitisch und in den Provinzen teils noch tiefreligiös war, kam es zu Aufständen. Da die Al Assads der religiösen Minderheit der Alawiten angehörte, nahmen die sozialen Unruhen oft den Charakter eines Kulturkampfes an. Hafiz griff zu immer brutaleren Mitteln der Repression. Bezeichnend ist, dass am Ende seiner Herrschaft sechs mächtige, miteinander konkurrierende Geheimdienste jeden Winkel des Landes zu überwachen und jede Opposition im Keim zu ersticken hatten. Als 1982 in der mittelsyrischen Stadt Hama ein Aufstand der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit gegen das Regime ausbrach, ließ Hafiz die historische Altstadt von Hama in Schutt und Asche bomben; über Zehntausend Menschen kamen ums Leben.

Synonym für Folter

Nach Hafiz Tod kam der junge Baschar zunächst als Hoffnungsträger einer politischen Liberalisierung an die Macht. Doch schon bald erwies er sich als schlechter Abklatsch seines tyrannischen Vaters: Im Lauf des Bürgerkriegs nach 2011 sind schätzungsweise bis zu einer halben Million Menschen ums Leben gekommen; mehr als 13 Millionen Syrer, mehr also als die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung des Landes, wur-

den vertrieben. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben heute über 6 Millionen von ihnen als Geflüchtete ausserhalb ihres kriegszerrütteten Landes.

Das Militärgefängnis Saydnaya wurde zum Symbol der Assad-Herrschaft und zum Synonym für unvorstellbare Folter, systematische Erniedrigung und Massenhinrichtungen. Ein Team des privaten Nachrichtensenders Al-Jazeera aus Doha zeigte als erster Nachrichtensender Bilder von Häftlingen, die noch völlig verwirrt, völlig erschöpft die Tore ihres Martyriums hinter sich liessen. «Ich stand auf der Liste der Hinrichtungen. Heute Morgen sollte der letzte Morgen meines Lebens sein», erzählte ein Mann, unfähig seine Freude über den überraschenden Umbruch in Damaskus in Worte zu fassen.

Geordneter Rückzug?

Über ein halbes Jahrhundert stellten die Alawiten die politische und wirtschaftliche Elite des Landes. Während ihrer Herrschaft konnten sie dabei auf die zumindest stille Unterstützung auch der christlichen Minderheiten zählen. Die beiden religiösen Minderheiten machen ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus (15 Prozent Alawiten und 10 Prozent verschiedene christliche Kirchen). Der neue starke Mann in Damaskus, Al-Jolani, hat zwar zur Respektierung aller Minderheiten aufgerufen. Dennoch geht unter Alawiten und Christen Angst vor Racheakten und offenen Abrechnungen um. Es ist ein Modell, das sich im Nahen Osten beinahe monoton wiederholt: Auf säkulare Diktaturen, welche die Religionsfreiheit für die Minderheiten garantieren, folgen religiös-fundamentalistische Regime, die keinen Freiraum für Andersdenkende lassen. So war es bislang im Iran und in Afghanistan, in Ägypten sowie in Libyen. Aus diesem Grund will die Mehrheit der Alawiten und Christen den Zusicherungen der neuen Machthaber in Damaskus nicht trauen. Noch unter dem Schock der unglaublichen Implosion ihrer Armee sind sie bereit zu glauben, dass es sich in Wirklichkeit um einen geordneten Rückzug der syrischen Armee handele. Und dass dieser auf einer Vereinbarung zwischen den globalen Akteuren beruhen würde.

Und so machen Gerüchte und Karten in Damaskus die Runde, wonach der alawitischen Minderheit in den syrischen Mittelmeerprovinzen Latakia und Tarsus künftig eine Autonomie gewährleistet werde. Diese Provinzen sind ohnehin das traditionelle Siedlungsgebiet der Alawiten. Soll Moskau den Sturz von al-Assad gegen die Sicherheit seiner Militärbasen in Tarsus und Latakia ausgetauscht haben? Tatsache ist, dass Moskau den raschen Vorstoss der Islamisten zumindest hätte abbremsen können, wenn es in der Anfangszeit der Rebellion die wichtige Verbindungsstrasse M4 bombardiert hätte. Die russische Luftwaffe hat dies aber nicht getan. Tatsache ist auch, dass Russland nicht bereit ist, auf die Militärbasen in Tarsus und Latakia zu verzichten. Denn sie sind die einzigen, über die Russland im Mittelmeer verfügt.

Demographische Umwälzungen

Mehr als 6 Millionen Syrer leben also, wie bereits oben erwähnt, als Geflüchtete ausserhalb ihres Landes, die meisten von ihnen

direkt in den umliegenden Nachbarländern. Rund 3.2 Millionen sind allein in der Türkei. Der Sturz des Regimes öffnete den Weg für eine sichere Rückkehr dieser Geflüchteten in ihre Heimat, sagte der türkische Vize-Präsident Devdet Yilmaz am Sonntag. Wird diesen Menschen die Wahl zu einer freiwilligen Rückkehr erlaubt? Oder werden sie vielmehr zurückgezwungen?

Eine Migrationswelle droht das instabile Land aber vor eine neue Zerreihsprobe zu stellen und die Demographie ganzer Landstriche fundamental zu verändern. Angaben der Vereinten Nationen zufolge sind bereits über 150.000 Menschen auf der Flucht; Die ersten Geflüchteten nach Beginn des Krieges waren Kurden und kamen aus dem Gebiet Sehba um die Stadt Tell Rifat. Beide Städten fielen Ende November 2024 an die Syrische Nationalarmee (SNA).

Die meisten dieser Geflüchteten stammen ursprünglich aus der Stadt Afrin. Die Geschehnisse um die Region Afrin sind eine vom Westen weitgehend ignorierte Tragödie: Die türkischen Truppen hatten, unmittelbar nach ihrem ersten Einmarsch in Afrin 2018, die Kontrolle über diese Region an die verbündete SNA übergeben. Und die islamistischen Kriegsherren der SNA verwandelten das ehemalige Universitätszentrum der syrischen Kurden in eine Region, in der laut renommierten Menschenrechtsorganisationen wie «Human Rights Watch» Plünderungen, Folter, Vergewaltigungen und Vertreibungen an der Tagesordnung waren.

Aleppo – einst multikulturell

Aus Angst vor Repressalien flohen nach dem Fall Aleppos auch Abertausende aus den kurdischen Vierteln der Grossstadt wie Sheikh Maksood und Ashrafiyeh in Richtung Nordosten. Dem Flüchtlingsstreck der Kurden schlossen sich nach und nach die Jeziden aus Aleppo an. Der 3. August 2014, als die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in die nordirakische Stadt Sindschar einfiel, bis zu 10.000 Männer ermordete und fast 7.000 Frauen und Kinder versklavte, hat sich als das 74. grosse Massaker in die kollektive Erinnerung dieser kleinen religiösen Minderheit im Nahen Osten eingebrannt. Wie sollten sie unter Islamisten leben?

Im multikulturellen Aleppo lebten auch rund 80.000 Armenier, bis der syrische Bürgerkrieg 2011 diese lebensfrohe Minderheit auf heute 12.000 dezimierte. Die armenische Kirche hat nach dem Fall von Aleppo ihre Gläubigen zur Ruhe aufgerufen. Wer kann, versucht dennoch, in den Nordosten des Landes zu fliehen. Wie die armenisch-sprachige Zeitung Kantsasar aus Aleppo berichtete, wurden zwei armenische Ärzte bei ihrem Fluchtversuch von Scharfschützen tödlich verletzt.

Kurden, Christen und Jeziden fliehen in die kurdisch kontrollierte Autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (AANES), bekannt auch als Rojava, weil die dort dominante politische Bewegung – ideologisch vom Kurdenführer der Türkei, Abdullah Öcalan, beeinflusst – strikt säkular ist. In der AANES gilt zudem die Geschlechtergleichheit, was für Minderheiten von besonderer Bedeutung ist. «All diese Menschen brauchen Zelte, Lebensmittel, Medikamente. Wir brauchen

humanitäre Nothilfe, um Unterkünfte, Wasser und Nahrung zu sichern», warnte vor kurzem Sêxmûs Ehmed, der in Rojava für Camps und Migration zuständig ist.

Eine syrische Föderation?

Drei Hauptakteure haben drei unterschiedliche Antworten: Israel würde eine Teilung Syriens entlang konfessioneller Zugehörigkeiten begrüßen, schreibt aus Tel Aviv die im Nahen Osten gut informierte Internet-Plattform «al monitor». Man spricht bereits von einer sogenannten «Kantonisierung», die eine Region für Sunniten, eine für die Alawitisch-Schiiten, eine weitere für Drusen und schliesslich Kurden beinhalten könnte.

Die «Türkei werde eine neue Teilung Syriens niemals tolerieren», wiederholte Recep Tayyip Erdogan. Ankara betrachtet Rojava schon aufgrund der ideologischen Nähe ihrer Führung zur PKK als ein «Nest von Terroristen», das von der Landkarte ausgelöscht gehört. Nach heftigen Kämpfen mit der von der Türkei unterstützten SNA haben sich die

Kurden letzten Dienstag aus der strategisch wichtigen Stadt Manjib westlich des Euphrats zurückziehen müssen. Nun sollen die Kämpfer der islamistischen SNA in Richtung Kobani marschieren.

Kobani gilt den Kurden als «ihre historische Stadt». Drei Monate lang belagerten im Jahr 2015 die Dschihadisten des ISIS das kleine Städtchen an der Grenze zur Türkei und konnten es nie einnehmen. Kurdische, meist schlecht bewaffnete Jugendliche, bescherten bei Kobani dem damals übermächtigen ISIS seine erste empfindliche Niederlage. Damals beschloss US-Präsident Obama, eine Allianz mit den syrischen Kurden zu schliessen.

Washington ist heute in dieser Frage aber gespalten. Joe Biden erklärte zwar, die amerikanischen Truppen würden weiterhin im Gebiet bleiben. Die 900 US-Soldaten verkörpern für Rojava die Garantie ihrer Existenz. Der neue US-Präsident Donald Trump aber liess in den sozialen Medien verlauten: «Die Lage in Syrien ist chaotisch. Die USA sollten sich nicht einmischen. Es ist nicht unser

Kampf», schrieb er in der Plattform «Truth social». «Mischt Euch nicht ein!».

Jedoch:

Unter Vermittlung der Regierungen Frankreichs und der USA haben die Gespräche zwischen dem Kommandeur der regierenden Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), Mazloum Abdi Kobani, und der innerkurdischen Opposition Ende Dezember zu einer Einigung zwischen den beiden politischen Bewegungen geführt. Diese Einigung ist in Rojava absolut einzigartig. Damit können die Kurden Syriens nun mit einer Stimme in Damaskus für die Rechte der kurdischen Minderheit kämpfen.

Amalia Van Gent*

*Amalia van Gent ist Journalistin und Autorin. Ihre Spezialgebiete sind die Türkei und die Kaukasusstaaten. Ausserdem ist sie eine hervorragende Kennerin der Lage des kurdischen Volkes im Nahen Osten. Dieser Artikel wurde in einer ersten Fassung am 12/12/2024 in Infosperber publiziert und jetzt von der Autorin für den Archipel aktualisiert.

1. Alle Bezeichnungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sind grundsätzlich geschlechtsneutral gemeint; die vorliegende Schreibweise hat die Autorin gewählt.

ÖSTERREICH/SYRIEN

Rückkehr nach Syrien?

Bereits einen Tag nach dem Umsturz in Syrien, am Montag, den 9. Dezember 2024, fiel der österreichische Innenminister Gerhard Karner mit der Meldung auf, dass er ab sofort eine Aberkennungsoffensive der Aufenthaltsgenehmigung für Syrer·innen starten werde.

Alle Asylberechtigten, die kürzer als fünf Jahre in Österreich leben, könnten nun den Schutzstatus verlieren. Konkret will das Innenministerium bei 40.000 Syrer·innen, die in den letzten Jahren in Österreich Asyl bekommen haben (von insgesamt 95 000) überprüfen, ob der Schutzstatus heute noch Gültigkeit hat. Laut Karner «muss ein geordnetes Rückführungs- und Abschiebeprogramm vorbereitet werden. Geordnet insofern, als dass wir den Schwerpunkt bei den Abschiebungen auf jene legen, die kriminell sind, sich nicht unserer Kultur anpassen wollen oder nicht bereit sind zu arbeiten, und nur von Sozialleistungen leben», erklärte der reaktionäre Innenminister und fügte dem bei, dass ja aus dem Libanon die Leute auch zurück nach Syrien gehen würden. Dass im Libanon nicht dieselbe Situation herrscht wie in Österreich, Deutschland oder sonst wo in Europa, ist ihm wohl noch nicht aufgefallen. Und dass in diesem kleinen, vergleichs-

weise armen Land, eine Million Syrer·innen Zuflucht gefunden hatten, hat er auch nicht bemerkt. Hauptsache, es herrscht Ordnung in Österreich!

Wir sind also in der Alpenrepublik – und leider nicht nur hier – wieder einmal an einem Punkt angelangt, wo menschenwürdiges Denken und Handeln zur Ausnahme geworden ist und strukturelle Ausländerfeindlichkeit zur Normalität. Neun Länder des europäischen Kontinents (Frankreich, Deutschland, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Schweiz) haben nach dem Fall Assads umgehend angekündigt, die Prüfung der gestellten Asylanträge von Syrer·innen auszusetzen.¹

Natürlich sind auch wir sehr erleichtert und erfreut, dass der Massenmörder und Tyrann Baschar El Assad endlich das Weite suchen musste. Doch wie wir alle wissen, ist die politische Situation in Syrien vorläufig sehr ungewiss. Zur Zeit kann niemand sagen, wie

und mit wem die zukünftige Regierung arbeiten, wie sie sich gegenüber Frauen und Nichtmuslim·innen verhalten wird. Abgesehen davon ist Syrien von Bomben zerstört und die Menschen, die jetzt zurückkehren, haben erst einmal kein oder zumindest kein intaktes Zuhause.

Als Österreicherin schäme ich mich für diesen Innenminister, der nichts im Herzen hat und nichts im Hirn. Zum Glück gibt es Andere, die auch etwas zu sagen haben und nicht so brutal vorgehen möchten. Birgit Sippel z.B., eine sozialdemokratische Abgeordnete des Europäischen Parlaments mit langjähriger Erfahrung in der Migrationspolitik, meint: «Menschen zurück nach Syrien abschieben? Ich denke, dafür ist es viel zu früh, denn wir wissen nicht, wie es weitergehen wird. Wird das Land in Frieden leben? (...) Es ist ein bisschen komisch zu sehen, dass auf der einen Seite die Mitgliedsstaaten bereits darüber sprechen, Menschen zurück nach Syrien zu bringen, und andere sind besorgt, dass die Dinge noch schlimmer werden könnten.»

Wir vom EBF hoffen natürlich, dass in Syrien jetzt eine friedlichere Zeit beginnt und plädieren dafür, dass alle Syrer·innen selber wählen können, ob und wann sie zurückkehren möchten.

Constanze Warta

1. In den 13 Jahren des Krieges, also seit 2011, sind 6,6 Millionen Syrer·innen aus ihrem Land geflohen; vor allem in die Nachbarländer Türkei, Libanon und Jordanien.

In Europa hat Deutschland die grösste Zahl an Geflüchteten aus Syrien aufgenommen – fast eine Million. 200.000 syrische Geflüchtete leben in Schweden, 95.000 in Österreich. 45.000 Syrer·innen haben in Frankreich Zuflucht gefunden.

Keine Lösung in Sicht

Ghassan Salamé ist ehemaliger libanesischer Kulturminister, Diplomat und emeritierter Universitätsprofessor mit Schwerpunkt internationale Beziehungen. Er hatte mehrere verantwortliche Funktionen innerhalb der Vereinten Nationen inne, vor allem im Irak und in Libyen, wo er unter sehr schwierigen Bedingungen als Vermittler tätig war. Bei seinem Aufenthalt in Marseille konnte Alex Robin von Radio Zinzine ein Interview mit ihm machen. Hier die Auszüge aus einem langen Interview mit ihnen, in welchem sie gemeinsam auf die Fragen antworten.

Radio Zinzine: *Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung in ihrem Herkunftsland Libanon?*

Ghassan Salamé: Natürlich ist man im Libanon besser ausgerüstet als in Gaza. In Gaza gibt es keinen Rechtsrahmen, auf den man sich beziehen kann; es gibt keine Äusserung der Israelis, was sie mit der Bevölkerung dort machen wollen; es gibt keine Vorbereitung der arabischen Länder betreffend einer zukünftigen Sicherheitsstruktur, es gibt gar nichts! Gaza ist ein grosses Fragezeichen, das, wie soll ich es sagen, jeden Tag unser Gewissen und unsere Herzen verletzt.

Im Libanon gibt es zumindest einen Rahmen. Dieser Rahmen ist eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die 2006 nach dem letzten grossen Krieg zwischen der Hisbollah und Israel verabschiedet wurde. Es handelt sich um die Resolution 1701, die einen breiten Rahmen darstellt, insbesondere Artikel 8, der ziemlich genau beschreibt, was die beiden Parteien tun müssten, um den Frieden wiederherzustellen. Nach allem, was insbesondere seit Mitte September 2024 (die Offensive der israelischen Armee gegen die Hisbollah, Anm. d. Red.) geschehen war, sind beide Seiten dazu übergegangen, die Anwendung dieser Resolution zu akzeptieren. Also versuchten wir es, – ich war persönlich daran beteiligt –, und noch im September wurde ein 21-tägiger Waffenstillstand anvisiert. Doch nur wenige Stunden, nachdem Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah, die Formel, die wir ihm vorgelegt hatten, akzeptiert hatte, wurde er von den Israelis einfach ermordet (am 27. September, Anm. d. Red.). Dieser erste Versuch hatte also zu nichts geführt. Es gab einen zweiten Versuch Mitte Oktober, der ebenfalls erfolglos blieb. Und jetzt gibt es einen dritten Versuch, der vielleicht bessere Chancen hat, zu einem 60-tägigen Waffenstillstand zu führen, währenddessen eine multilaterale Kommission, hauptsächlich aus dem Westen, Mechanismen zur Umsetzung dieser Resolution 1701 einrichten soll. Ich bin relativ optimistisch, was die Chancen für diesen dritten Versuch eines Deals angeht. Ich sage nicht, dass er garantiert ist. Aber wir haben einen Rahmen. Wir haben eine Ermüdung auf beiden Seiten, so dass man sich vorstellen kann, dass sie die Umsetzung akzeptieren. Es gibt also einen kleinen Unterschied zwischen Gaza und Libanon. (Am 27. November 2024 wurde dieser Waffenstillstand effektiv vereinbart, Anm. d. Red.).

Welche Einschätzung haben Sie von den möglichen territorialen Ansprüchen Israels in der Region?

Ich lasse den libanesischen Fall erst einmal beiseite, denn bis jetzt kennen wir keine israelischen Ansprüche auf den Südlibanon. Es gibt Interessen der Sicherheit, der Dominanz, der Kontrolle, jedoch keine Pläne, den Südlibanon zu annektieren oder zu bevölkern oder zu kolonisieren. Währenddessen befindet sich der eigentliche israelisch-palästinensische Konflikt in einem seiner akutessten Momente, in dem die Risiken einer Verschärfung dieses Konflikts in meinen Augen viel grösser sind als die Aussichten auf eine Lösung. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass es in den kommenden Monaten zu einer Rückkehr zu einem Friedensprozess kommen wird. Was ich mir aber leider vorstellen kann, ist die Eröffnung einer Front, die zur Hauptfront der Konfrontation zwischen Palästinensern und Israelis werden würde, nämlich die des Westjordanlandes. Denn dort laufen die Landenteignungen und die Schikanen gegen die Bevölkerung auf Hochtouren. Auch die Vorbereitungen auf eine Besiedlung und Annexion sowie mögliche Umsiedlungen eines Teils der Bevölkerung ins benachbarte Jordanien laufen auf Hochtouren. Die Situation ist explosiv, und wenn es hier explodiert und zur Annexion kommt, ist das nicht nur aus demografischer oder humanitärer Sicht, sondern auch aus politischer Sicht äusserst schlimm. Denn das Westjordanland ist für diejenigen, die weiterhin auf die Zwei-Staaten-Lösung drängen, das Herzstück eines möglichen palästinensischen Staates. Das wäre das Ende dieser Option und damit das Ende einer Option, welche den legitimen Rechten der Nation des palästinensischen Volkes Nachdruck verleihen würde.

Zu diesem Schluss komme ich angesichts der Ereignisse im Westjordanland, der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und vor allem auf Grund der Ernennung einer Reihe von sechs wichtigen Posten durch Herrn Trump, darunter die Nominierung von Steve Witkoff zum Sondergesandten für den Nahen Osten und diejenige von Mike Huckabee als neuen US-Botschafter in Israel. Die beiden sind Befürworter der Annexion des Westjordanlandes, und die anderen sind das auch. Insbesondere der neue amerikanische Aussenminister, Marco Rubio, oder der nationale Sicherheitsberater Mike Waltz. Das ist

ein Team, das den israelischen Extremisten absolut wohlgesonnen ist. Ich befürchte also, dass der israelisch-palästinensische Konflikt in den kommenden Monaten durch noch schwierigere Zeiten als in der Vergangenheit gehen wird. Das bringt diejenigen, die nach einer Lösung für diesen nunmehr anderthalb Jahrhunderte dauernden Konflikt suchen, in grössere Verlegenheit als je zuvor.

Auch für die Europäische Union, die sogenannte internationale Gemeinschaft, ist diese Entwicklung unangenehm, denn schliesslich ist dieser schreckliche Konflikt wohl einer, auf den wir am meisten Einfluss nehmen könnten, zum Beispiel auf der Ebene der europäisch-israelischen Abkommen. Bezüglich anderer Konflikte versucht die EU ja auch zu intervenieren, wenn man zum Beispiel an die Situation der Uiguren in China denkt; Druck auf China auszuüben, ist natürlich noch ein ganz anderes Kapitel. Aber selbst Druck auf Russland auszuüben, ist vielleicht noch schwieriger, und doch tun wir es. Im Gegensatz dazu sind wir hier komplett machtlos gegenüber einer Situation, die wir beeinflussen könnten. Ist das nicht ein grosses Paradoxon?

Ich glaube, dass die Europäer zwei grosse



Probleme haben, um aktive und effektive Akteure in diesem Konflikt zu sein. Der erste Faktor ist, dass Europa seit Camp David und auch Oslo lange Zeit akzeptiert hat, eine Rolle zu spielen, die nicht sehr valorisierend ist, nämlich die des Bankiers des Friedensprozesses, aber nicht die seines Architekten. Europa hat die Architektur den USA überlassen – auf Wunsch Israels, das keinen anderen Vermittler als die USA wollte. Als der Hafen von Gaza zum ersten Mal von den Israelis zerstört wurde, zahlte Europa für seinen Wiederaufbau, obwohl es für dessen ersten Bau bezahlt hatte. Dasselbe war für den Flughafen der Fall und für den Haushalt der in Ramallah angesiedelten Palästinensischen Behörde. Das heisst, Europa akzeptierte eine Rolle als Banker und nicht als Architekt. Ich denke, solange Europa nicht verlangt, bei der Architektur, d. h. der Gestaltung eines Friedensprozesses, dabei zu sein, wird es immer in der zweiten Reihe sein.

Der zweite Faktor, der im Laufe des Konflikts der letzten Monate aufgetreten ist, besagt, dass Europa jetzt über den Nahen Osten gespalten ist, was es vorher nicht war, was es 1980 in Venedig nicht war, was es in der klassischen Diplomatie der Europäischen

Union nicht war, die, so gut es eben ging, von Josep Borrell, ihrem ständigen Vertreter, repräsentiert wurde. Doch die Länder selbst waren in dieser Frage gespalten. Es ist passiert, dass die Europäer, die auf den Nahen Osten blickten, anstatt den Nahen Osten mit offenen und analytischen Augen zu betrachten, sich auf ihre eigene Geschichte zurückzogen. Sie betrachteten den Nahen Osten also als eine innere europäische Angelegenheit. Das hat wenig mit dem Nahen Osten zu tun. Diese Art von Verwirrung zwischen der Geschichte des Nahen Ostens und der Geschichte des europäischen Kontinents, die wir jetzt erlebt haben, war verheerend für die Positionen von Ländern wie Deutschland, Österreich und anderen, und ja sogar von Frankreich. Das hatte zur Folge, dass jeder, der das durchaus kritikwürdige Verhalten der israelischen Regierung kritisierte, damit bedroht wurde, des Antisemitismus bezichtigt zu werden.

Wir haben also einen absolut surrealen Moment erlebt. Dazu nur als Beispiel: Einer jüdischen Journalistin russischer Herkunft, Masha Gessen, wurde ein Preis beinahe aberkannt, der in Deutschland im Namen der jüdischen Philosophin Hannah Arendt

verliehen wird, nur weil sie über den Holocaust in Bezug auf Gaza gesprochen hatte.¹ Wohlgemerkt, sie ist Jüdin und es handelt sich um einen Preis im Namen einer grossen jüdischen Philosophin. Wenn man zu einer solchen Verkennung gelangt von dem, was wirklicher Antisemitismus ist, und zu einer solchen Verwirrung zwischen der Geschichte zweier Regionen, die relativ autonom voneinander sind, dann geht man sehr weit in die Irre.

Und dann weiss man nicht nur nicht, wie dieser Konflikt enden wird, der Gaza und Palästina betrifft, sondern man weiss auch nicht, was man vielleicht einmal für diese Art der Gleichgültigkeit oder der Anpassung an den Stärkeren bezahlen muss. Auf jeden Fall ist hier keine Suche nach einer Lösung erkennbar und auch keine Anstrengung, die Dinge beim Namen zu nennen.

Was uns teuer zu stehen kommen wird, haben wir bereits gesehen. Am Donnerstag, den 21. November 2024, sagte ein Teil der europäischen Staats- und Regierungschefs, dass sie die Entscheidung des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs von Den Haag in Bezug auf die Anklage gegen Ben-



Lamia Ziadé, Zeichnung aus «Ma très grande mélancolie arabe», 2017

jamin Netanjahu und Joaw Gallant² nicht respektieren würden. Am Tag darauf, am 22. November, sagte Dmitri Medwedew, der Klon von Herrn Putin, dass auch er den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkennen würde.

Hätte er diese Erklärung am Mittwoch vor der Netanjahu-Affäre abgegeben, wären alle Vertreterinnen und Vertreter des gesamten Westens auf die Barrikaden gestiegen und hätten gesagt: «Hey! Das geht gar nicht, das könnt Ihr nicht machen: Der Internationale Strafgerichtshof muss respektiert werden.» Das hatten sie bei Präsident Bashir aus dem Sudan getan, das hatten sie auch in anderen Fällen schon getan. Aber da sie selbst dem Gerichtshof an jenem Donnerstag in den Rücken gefallen waren, konnten sie Medwedew am Freitag nicht mit einem Nein antworten. Ich nehme diesen Vorfall zum Anlass, um zu behaupten, dass der Westen daran ist, seine Hauptargumente für die Verteidigung der Universalität seiner eigenen Werte zu verlieren. Wenn man eine Ausnahme für Israel

macht, gibt es keinen Grund, warum man nicht auch eine für Putin machen sollte. Wenn man mit Ausnahmen anfängt, hört man nicht mehr damit auf. Es ist wie in der Grammatik. Wenn man mit einer Ausnahme anfängt, ist sie ansteckend. Also werden Europa und der ganze Westen teuer dafür bezahlen, wenn sie eine Ausnahme für Israel einführen.

Das ist wie eine der Schlussfolgerungen Ihres neuen Buches «La Tentation de Mars».³ Wenn Sie sagen, dass sich der Westen nicht unbedingt im Niedergang befindet, so ist er aber in zunehmender Isolation. Und es stimmt, dass der Begriff eines doppelten Standards immer mehr in der Welt empfunden und ausgesprochen wird, und nicht nur in der Welt, sondern auch innerhalb unserer Gesellschaften.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn es nur zweierlei Massstäbe gäbe. Es gibt jedoch inzwischen ein Vielfaches an Gewichtungen und Massstäben – und das für jeden Fall. Das heisst, es gibt kein Festhalten mehr an der Universalität von Werten. Das bedeutet, dass

man Ausnahmen macht. Man sagt, in diesem Fall ist es nicht das Gleiche, in jenem Fall hat das Opfer Unrecht, etc.! Es werden immer Mittel und Wege zur Rechtfertigung gefunden. Was der Westen insbesondere verliert, ist das Prinzip der Beständigkeit. Wenn man bei der Anwendung von Gesetzen, Regeln und Verträgen nicht beständig ist, ruiniert man letztendlich das Prinzip der Regel selbst. Und der Westen verrät gerade seine eigene Beständigkeit. Und als Folge davon gibt es keine globale Architektur der Welt mehr, die er verteidigen könnte.

1. Masha Gessen kritisierte die israelischen Bombenangriffe auf den Gazastreifen als vergleichbar mit der Liquidierung eines osteuropäischen Ghettos durch die Nazis. Deshalb kam es zu einer Kontroverse um die Verleihung des «Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken» an sie. Nachdem die Verleihung zuerst abgesagt worden war, konnte sie den Preis dann doch in einer verkleinerten Zeremonie am 16. Dezember 2023 in Bremen entgegennehmen.

2. Gallant war von Dezember 2022 bis November 2024 Verteidigungsminister im Kabinett Netanjahu und wurde dann von Premierminister Netanjahu selbst entlassen.

3. Ghassan Salamé: «La Tentation de Mars – Guerre et paix au XXI siècle», Fayard, Paris 2024

WESTJORDANLAND

Agrarökologie als Widerstand

Im Oktober 2024 kamen drei Palästinenser·innen aus der Gegend von Ramallah im Westjordanland zu dem Treffen «Sème ta résistance» nach Südfrankreich*, organisiert vom «Réseau Semences Paysannes» (Netzwerk bäuerliches Saatgut). Sie sind Landwirt·innen und Mitglieder des Palästinensischen Forums für Agrarökologie.

Lina Ismail arbeitet daran, das Bewusstsein für Agrarökologie und Ernährungsautonomie zu schärfen; Saad Dagher, Gründungsmitglied des Forums, betreibt einen Bauernhof, auf dem er Gemüse und Oliven anbaut und ist in Ramallah in der Ausbildung und Beratung in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt und Wasser aktiv; Mohammad Khoueira ist Bauer und Viehzüchter und bietet Workshops zu Agrarökologie an. Hier die Auszüge aus einem langen Interview mit ihnen:

Wie war die Situation der Landwirtschaft im Westjordanland zu der Zeit, als Ihr anfangt, Eure Ideen zur Agrarökologie umzusetzen?

Unsere Landwirtschaft war von einer traditionellen Art auf eine chemische Art der Monokultur umgestellt worden, bei der industrielles Saatgut verwendet wurde. Als Israel das Westjordanland besetzte, führte es diese Methoden ein und versuchte, die Landwirt·innen davon zu überzeugen, sie zu übernehmen. Unsere Landwirtschaft und die Art und Weise, wie wir Lebensmittel produzieren, änderte sich also mit der Besetzung.

Danach kamen ausländische Organisationen, die vorgaben, die Landwirtschaft zu entwickeln, insbesondere nach dem Oslo-Abkommen, um den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung Palästinas zu unterstützen. Ihnen ging es nicht darum, dass wir, Palästinenserinnen und Palästinenser, für die lokale Bevölkerung produzieren, sondern vielmehr war ihr Ziel, dass wir uns auf Technologie abstützen und Lebensmittel als Exportgut produzieren sollten, um uns so in Abhängigkeit bringen zu können. Da wir keine Kontrolle über unsere Grenzen haben, wissen wir nicht unbedingt, was importiert wird, woher das Saatgut kommt und ob es zum Beispiel gentechnisch verändert ist. Aber wir wissen, dass viele Pestizide und Düngemittel legal oder illegal eingeführt werden, von denen ein Grossteil in den europäischen Ländern, wo sie hergestellt werden, verboten sind. Solche werden aber bei uns verwendet.

Was sind die Hauptaktivitäten eures Forums? Was setzt Ihr als Alternative im Agrarbereich um?

Wir betrachten die Agrarökologie als ein Mittel, die unsere Abhängigkeit von der Besetzung vermindert. Denn bei der Agrarökologie stützt sich die Produktion auf lokal produzierte Inputs. Alle benötigten Materialien kommen aus der Region. Wir sind der Ansicht, dass dies das Werkzeug ist, mit dem wir Ernährungssouveränität erreichen können. Unser Ziel ist es, unter den Menschen eine Agrarökologie zu verbreiten, die sich auf lokales bäuerliches Saatgut stützt, damit wir kein Saatgut importieren müssen, das von der Besatzungsmacht stammt. Lokales Saatgut ist an die örtlichen Bedingungen angepasst, insbesondere angesichts des fortschreitenden Klimawandels. Es benötigt keine chemischen Inputs im Gegensatz zu gentechnisch verändertem oder hybridem Saatgut. Gleichzeitig ist diese Produktion aufgrund der Tatsache, dass Nahrungsmittel ohne Chemikalien und Gifte hergestellt werden, gesund für die Menschen und verringert auch die Abhängigkeit von Medikamenten, von denen ebenfalls ein Grossteil importiert wird.

Wir wissen natürlich, dass die Situation für die Menschen im Westjordanland und insbesondere für die Landwirte und Landwirtinnen seit Jahrzehnten sehr schwierig ist. Seit dem 7. Oktober 2023 hat es zusätzlich eine grosse Beschleunigung gegeben und die Unterdrückung ist noch viel heftiger geworden. Es gab viele Angriffe und viele Tote. Welche Form hat das für Euch als Landwirtinnen und Landwirte angenommen?

Heute früh [12. Oktober 2024] gab es einen Angriff auf palästinensische Bauern und Bäuerinnen in Dörfern im Nordosten der Stadt Ramallah. Sie wurden geschlagen, gejagt und daran gehindert, Oliven zu ernten. Die Siedler kamen mit Waffen und natürlich in Begleitung der Armee, die sie schützt. Gestern das



Gleiche im Dorf Rantiss. Vorgestern war es in Lubban-el-Gharbi. Es gab Verletzte, gebrochene Arme, einen zerschmetterten Schädel. Das passiert heute. Es ist die Umsetzung der Aufrufe der Führer von den Siedler-innen im Westjordanland, die vor etwa einem Monat erklärten, dass die diesjährige Olivensaison die «Blutsaison» sein wird. Und es gibt eine Reihe weiterer Probleme. Zu den wichtigsten gehört die totale Kontrolle der Siedler-innen über das Wasser. Das gesamte Wasser im Westjordanland sollte eigentlich den Palästinenser-innen zur Verfügung stehen, aber die Siedlungen nehmen 85 Prozent davon in Anspruch, einschliesslich des Trinkwassers. In einigen Gebieten gibt es nur alle zwei oder drei Monate Wasser, vor allem im Süden. Der Preis pro Kubikmeter geht in die Höhe. Wir haben von einem grossen Anstieg der Zahl der Landenteignungen, Zerstörungen und verschiedenen Formen von Schikanen gehört.

Es gibt noch weitere Probleme, die leider durch den Krieg in Gaza und im Libanon überdeckt werden. Zurzeit werden Palästinenser-innen aus ihren Orten, ihrem Land und ihren Dörfern vertrieben. Bisher sind 39 Ortschaften von dieser Situation betroffen. Dies ist der Beginn der Vertreibungsoperation, die sich «Transfer» nennt. In einem ersten Schritt haben die Siedler und das Militär die Kontrolle über das Land und grosse Flächen übernommen, insbesondere

im Aghouar-Gebiet im Westjordanland. Uns scheint, sie sind dabei, Tests für eine grosse Vertreibungsaktion durchzuführen, bei der Palästinenser-innen von Palästina nach Jordanien umgesiedelt werden sollen. Die zweite Sache, die in den letzten zwei Monaten an Bedeutung gewonnen hat, ist die Zerstörung von Häusern. Und dann sind da noch die Sperrungen – über 700 Militärsperren –, die den Verkehr von Gemüse und Obst sowie von Konsumgütern behindern. Gemüse kann in der Region Jenin produziert werden und muss in Ramallah verkauft werden. Manchmal braucht man für eine Fahrt, die normalerweise eine Stunde dauert, fünf, sechs oder acht Stunden. Grosse Gebiete im nördlichen Westjordanland, nahe der Apartheid-Mauer, wurden mit Bulldozern zerstört: Gewächshäuser für Gemüse wurden abgerissen und Baumschulen für Olivenbäume zerstört. Mehr als eine halbe Million Olivenbaumsetzlinge wurden vernichtet. Sie hätten im Winter gepflanzt werden sollen.

Im letzten Monat wurden vor allem im südlichen Westjordanland, in der Gegend um Hebron und Bethlehem, nicht nur Häuser zerstört, sondern auch Brunnen, die als Regenwasservorräte dienen. Dies ist ein Teil des Krieges gegen die Palästinenser-innen, der über die Zerstörung ihrer Ernährung läuft und gegen ihre Fähigkeit, Nahrungsmittel zu produzieren.

Ausserdem gibt es einige Neuerungen. Im Moment importieren wir zum ersten Mal Tomaten. Das ist eine Entscheidung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Denn eigentlich wurden die Tomaten zu dieser Jahreszeit in der Aghouar-Region im Osten des Westjordanlandes angebaut. Derzeit ist jedoch der Grossteil dieses Gebiets unter militärischer Kontrolle oder geschlossen, sodass die Bauern und Bäuerinnen ihre Tomaten nicht mehr anpflanzen können. Viele Palästinenser-innen, die aus ländlichen Gebieten stammen, aber in der Stadt leben und arbeiten, gehen für die Saison Oliven pflücken und pressen sie. Anschliessend bringen sie das Öl in die Stadt. Wenn sie mit den Ölkünstlern in die Stadt zurückkehren, kommt es häufig vor, dass die Soldaten an den Strassensperren das Öl entdecken und es auf den Boden schütten. Das Öl, auf das die Menschen ein Jahr lang gewartet haben, wird vor ihren Augen weggeschüttet.

Es gibt offenbar eine Bewegung mit dem Namen «Hügeljugend», die Euch viele Probleme bereitet...

Die ersten Aufrufe zur Gründung dieser Gruppen der «Hügeljugend» wurden 1998 von Ariel Sharon, dem damaligen israelischen Kriegsminister, veröffentlicht. Das Ziel war es, die Gipfel der Hügel zu besetzen. In den letzten Jahren sehen wir die Ergebnisse dieser Politik. Eine Gruppe oder eine einzelne Person mit Kühen oder Schafen besetzt einen Gipfel, kontrolliert aber das gesamte Gebiet drumherum. Diese Person oder Gruppe ist bewaffnet und wird vom Militär geschützt. Sie wird die palästinensischen Landbesitzer-innen daran hindern, sich ihrem Land zu nähern, Oliven zu pflücken, Ackerbau zu betreiben oder sonst etwas zu tun. Selbst wenn jemand Schafe hat, die er/sie in dem Gebiet weiden lassen möchte, wird er/sie von diesem Siedler daran gehindert. Vor einigen Monaten war ein Hirte aus der Gegend von Ramallah auf dem Weg zu seinem Land. Sie schlugen ihn und brachen ihm die Knochen.

Zwei oder drei Tage bevor ich hierher nach Frankreich kam, übernahm jemand von der «Hügeljugend» die Kontrolle über einen Gipfel. Wir gingen als Dorfbewohner-innen hin, um zu protestieren, weil das Land seinen Eigentümer-innen, den Palästinenser-innen, gehören sollte. Als wir als unbewaffnete Zivilist-innen ankamen, sah uns der Siedler und kam mit seiner Waffe herunter, begleitet von einer Gruppe von anderen Siedlern, die er per Handy zur Verstärkung gerufen hatte. Innerhalb weniger Minuten war die Armee da. Sie umzingelte uns und begann, Tränengas- und Betäubungsgranaten abzufeuern. Wir mussten weggehen, um das Gas nicht einzuatmen. Es war unmöglich, an Ort und Stelle zu bleiben. Von den Siedlungen auf den Berggipfeln aus beginnen sie, die Kontrolle über das Land im Tal, das Ackerland in den Ebenen, zu übernehmen. Zunächst hindern sie die Eigentümer-innen daran, ihr Land zu bebauen und zu bepflanzen, und nach vier oder fünf Jahren der Nichtbepflanzung fangen sie an, selbst zu pflanzen.

Es ist bekannt, dass die Palästinenser-innen versucht haben, viele Bäume auf Hügeln und auf Land zu pflanzen, weil das die Beschlag-

nahme durch die Israelis erschwert. Es scheint, dass Methoden gefunden wurden, um sich dem Landraub zu widersetzen.

Anfang der 1970er Jahre gab es eine Bewegung, die von Studierenden der westjordanischen Universität Birzeit initiiert wurde. Sie hatte die «Voluntary Action Committees» gegründet, um in den von der Beschlagnahme bedrohten Gebieten pflanzen zu gehen. Als Reaktion darauf begannen die Besatzerinnen damit, Gazellen in den Bergen auszusetzen. Gazellen gab es schon immer, aber die Siedlerinnen vermehrten sie, vor allem die Horngazellen. Im Sommer haben die Gazellen eine spezifische, hormonelle Aktivität. Sie müssen die Stelle zwischen ihren beiden Hörnern aufkratzen. Dafür nutzen sie die kleinen Olivenbaumsetzlinge, an denen sie sich reiben, und verletzen sie dabei. Die Bäume verlieren ihre Rinde und sterben ab. In Palästina sind etwa 85 Prozent der Palästinenserinnen Muslime und 15 Prozent Christen. Die Muslime essen Gazellen. Die Christen auch. Und so haben sich alle auf die Gazellenjagd begeben. Und der Plan der Besatzer, die Olivenbäume durch die Gazellen zu zerstören, scheiterte.

Also führten sie vor dreissig Jahren Wildschweine ein. Die Mehrheit von uns isst als Muslime keine Wildschweine. Und während die Gazelle sich einmal im Jahr fortpflanzt und ein oder zwei Junge zur Welt bringt, hat das Wildschwein 10, 14 oder 15 Junge pro Wurf. Es vermehrt sich sehr schnell, niemand jagt es und es hat keine natürlichen Feinde. Sie zerstörten alles und die Landwirtinnen hörten auf zu pflanzen. Praktisch die gesamte Weizenproduktion kam in den Wildschwein gebieten zum Erliegen. Und als nicht mehr angepflanzt wurde, nahmen die Besatzer dies

als Vorwand, um das Land zu beschlagnahmen. Sie holten osmanische Gesetze hervor, die besagen, dass Land in Staatseigentum übergeht, wenn es drei bis zehn Jahre lang nicht bewirtschaftet wird. So nahmen die Beschlagnahmungen zu. Und es gab ein grosses Defizit bei der Nahrungsmittelproduktion. Wildschweine hatte es in unserer Region noch nie gegeben. Einige Leute filmten, wie Lastwagen der israelischen Armee kamen und Wildschweine aussetzten. Nach dem Bau der Mauer im Jahr 2000 wurden immer mehr Wildschweine ausgesetzt. Das sind die beiden Hauptprobleme, die den Agrarsektor bedrohen, die Siedlerinnen der «Hügeljugend» und die Wildschweine.

Noch viel schlimmer für Euch ist die Nachricht, dass die Siedlerinnen, die bereits gut bewaffnet waren, vor kurzem noch mehr Waffen erhalten haben. Ihr macht Euch grosse Sorgen darüber, was dies als Nächstes bewirken könnte.

In den letzten zehn Monaten haben die Siedlerinnen im Westjordanland noch viel mehr Waffen erhalten. Es gibt heute etwa 850.000 Siedlerinnen, von denen 180.000 offiziell eine Waffe tragen, also etwa ein Viertel von ihnen. Sie haben die Verteilung der Waffen gefeiert. Auf zahlreichen Videos ist zu sehen, wie sie von Spezialistinnen trainiert werden. Wir glauben, dass es sich dabei um die Vorbereitung von Angriffen auf palästinensische Dörfer und Städte wie 1948 handelt.

Abschliessend: Wie seht Ihr die Frage der Solidarität und Unterstützung von Einzelpersonen in Europa?

In erster Linie ist jede Person verpflichtet, sich über die Geschehnisse in der Region auf dem Laufenden zu halten. Wir sind auch der Ansicht, dass jede-r Einzelne die Verantwortung dafür trägt, auf die eine oder andere Weise Druck auf seine/ihre Regierung auszuüben, damit die Zusammenarbeit mit dem Besatzer beendet wird.

Wir wissen, dass die Regierungen in Europa und Amerika Israel zumindest durch die Lieferung von Waffen, Nahrungsmitteln oder Öl unterstützen. Es gibt allerdings auch jene, die sich neutral verhalten. Wir betrachten indessen diejenigen, die über den laufenden Völkermord in Palästina schweigen, als dessen Komplizen. Also, sagt, was wirklich passiert! Verbreitet die Wahrheit und übt Druck auf eure Regierungen aus, damit sie etwas tun und dem ein Ende setzen. Wir in der Region, Palästinenserinnen und Libanesinnen, stehen derzeit an vorderster Front, um uns zu verteidigen und einer kolonialen Aggression entgegenzutreten. Die negativen Folgen dieser Aggression wirken sich auch auf die Menschen in den westlichen Ländern aus. Anstatt diese militärische und finanzielle Unterstützung an diese Besatzungsmacht zu leisten, sollten die westlichen Regierungen dafür sorgen, dass dieses Geld für das Wohlergehen ihrer eigenen Bevölkerung verwendet wird.

Das Interview machte Nick Bell für Radio Zinzine und Archipel

Der vollständige Text dieses Interviews ist auf der Website des EBF abrufbar: www.forumcivique.org.
Link zur Sendung auf Radio Zinzine:
www.zinzine.domainepublic.net/?ref=9760

* siehe Archipel 341, November 2024 «Den Widerstand säen», Artikel von Jürgen Holzapfel

RUMÄNIEN

Politische Turbulenzen

Die politischen Entwicklungen in Rumänien im November / Dezember 2024 haben viele kalt überrascht und erschüttert. Zwar gingen die Wahlprognosen von einem wachsenden Einfluss der Rechtsextremen aus, insbesondere im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen, bei denen eine Stichwahl zwischen Elena Lasconi von der «Union Rettet Rumänien» (USR) oder Marcel Ciolacu von den Sozialdemokraten (PSD) einerseits und dem rechtsextremen George Simion andererseits als ausgemacht galt.

Es war davon auszugehen, dass ein breites demokratisches Bündnis gegen George Simion der «Allianz für die Vereinigung der Rumänen» (AUR) erforderlich sein würde, um ihn zu verhindern. Doch die rechtsextreme Welle, die uns am 24. November 2024 bei der ersten Runde der Präsidentschafts-

wahlen überrollte, löste ein politisches Erdbeben aus. Am 24. November 2024 überraschte das Wahlergebnis nahezu alle: Călin Georgescu, ein bislang weitgehend unbekannter, parteiloser Kandidat, führte von Anfang an das Rennen an. Alle Prognosen liefen ins Leere. Georgescu, Vertreter eines ultranationalisti-

schen und mystizistischen Lagers, überholte die favorisierten Kandidatinnen. Die mediale Aufmerksamkeit fokussierte sich plötzlich auf ihn, obwohl seine Präsenz in den traditionellen Medien nahezu nicht existent war. Stattdessen war seine Wahlkampagne fast ausschliesslich auf TikTok ausgerichtet worden.

Von einem Augenblick zum anderen war die politische Debatte polarisiert. Die Schockwelle des Wahlergebnisses äusserte sich in einem Anstieg offenen Hasses in sozialen Netzwerken, wobei insbesondere LGBT+-feindliche Diskurse dominierten. Dem entgegen formierten sich Proteste in Bukarest und anderen Städten, die meistens unter 1000 Teilnehmerinnen – grösstenteils junge, schockierte Aktivistinnen – blieben. Erstmals wird seither in Rumänien öffentlich über Antisemitismus und die faschistische Legionärsbewegung¹ diskutiert. Festsustellen ist dabei, dass viele Menschen nur vage oder gar keine Vorstellung von der historischen Bedeutung dieser Bewegung hatten. Beunruhigend ist es, wahrzunehmen, dass erstmals seit bald zwei Jahrzehnten, Journalistinnen ins Visier von mehr oder weniger konkreten

Drohungen geraten. Auch von existierenden Listen unangenehmer Medienschaffender ist berichtet worden.

Annullierung der Wahl

Am 6. Dezember 2024 annullierte das Verfassungsgericht in einem nie dagewesenen Urteil den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. Begründet wurde dies mit «Wahlmanipulation», der Verwendung undurchsichtiger Technologien und künstlicher Intelligenz im Wahlkampf. Dies habe die Chancengleichheit der Kandidat:innen verzerrt. Das Urteil führte zu einer Neubewertung des Wahlprozesses, der voraussichtlich im Frühjahr 2025 wiederholt werden wird. Die Auswirkungen auf die politische Landschaft Rumäniens sind noch nicht abzusehen, aber der amtierende Präsident Klaus Johannis bleibt – auch dies auf wackliger Verfassungsgrundlage – zunächst im Amt, bis die rechtlichen Prozesse abgeschlossen sind.

Ein gefährlicher Nationalist

Der parteilose Überraschungssieger Călin Georgescu hat eine kontroverse politische Karriere hinter sich. Er stammt aus einem kommunistischen Funktionärshaus und hat in den letzten Jahren immer wieder radikale Positionen vertreten. Als ehemaliges Mitglied der ultranationalistischen AUR (Allianz für die Einheit der Rumänen, Mitglied der EKR im Europa-Parlament) gilt er als Bewunderer des faschistischen Marschalls Ion Antonescu sowie der «Eisernen Garde»², einer rechtsextremen paramilitärischen Bewegung aus den 1930er Jahren. Es ist nicht verwunderlich, dass er auf den allen Präsidentschaftskandidat:innen zustehenden staatlichen Personenschutz verzichtete und sich Männer aus dem rechtsextremen und Söldnerumfeld für diese Aufgabe aussuchte. Georgescu hat also ein sehr undurchsichtiges Profil, predigt einen aggressiven Nationalismus, der gegen westliche Institutionen wie die EU und die NATO gerichtet ist, und tritt für eine umfassende Unterstützung russischer Positionen, beispielsweise im Angriffskrieg gegen die Ukraine, ein. Darüber hinaus fordert er eine Wiedereröffnung stillgelegter Fabriken der kommunistischen Periode und einen radikalen Umbau des politischen Systems. Georgescu hat es geschafft, seine Botschaft über moderne digitale Kanäle zu verbreiten, was ihm auch die Unterstützung einer breiten rechten Wähler:innenschaft eingebracht hat. Seine Propaganda fand vor allem auf TikTok statt, was auf seine strategische Nutzung von sozialen Medien hinweist, um jüngere Wähler:innen zu erreichen. Dabei behauptet er bis heute, keinerlei Geld für seinen Wahlkampf ausgegeben zu haben. Recherchen von «Snoop.ro» oder «Rise Project» lieferten jedoch Belege für eine langfristig vorbereitete und finanzkräftige Kampagne, die auf einem riesigen Netz aus Bots und Influencer:innen fusste. Entgegen der geltenden Gesetzeslage

war kein einziger Spot von Georgescu oder von anderen, die für ihn warben, als Wahlwerbung gekennzeichnet. Tausende Nutzerkonten, die seine Inhalte verbreiteten, seien erst zwei Wochen vor dem Wahlgang aktiv geworden.

Hintergründe

Die politische Landschaft Rumäniens ist seit den 1990er Jahren von Polarisierung geprägt. Aktuell stehen sich die PSD (Angehörige der SPE im Europaparlament), Mutter der meisten Korruptionsskandale, und die progressiv liberale USR (bei der ALDE beheimatet) gegenüber. Die Nationalliberale Partei PNL (Teil der EVP), Heimat des amtierenden Präsidenten, hat sich in der Koalition mit der PSD der letzten Jahre nahezu ins Abseits manövriert. Die aktuellen Wahlen 2024 zeigen, dass die ultrarechten Kräfte zunehmend an Einfluss gewinnen. Insbesondere die AUR hat sich zu einer echten Bedrohung für die politische Stabilität des Landes entwickelt, was die etablierten Parteien dazu zwingt, sich mit dem Thema Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen. Georgescu ist das Beispiel eines Politikers, der die Ängste und Unzufriedenheit vieler Rumän:innen aufgreift, die mit der derzeitigen politischen Elite unzufrieden sind. Mit seinem «souveränistisch» genannten Diskurs, getragen von einer väterlichen Stimme und Phrasen vorgeblicher Fürsorge, scheint er gerade jenen ein Angebot zu machen, die als ungehörte Masse ihren Rücken für das Land krumm machen. Seine Positionen, die auch antieuropäische und antiwestliche Tendenzen beinhalten, finden vor allem bei einem Teil der älteren Wählerschaft und in ländlichen Gebieten Anklang.

Im demokratischen Lager stellt sich wie in Katerstimmung die Frage, ob das Augenmerk sich seit den 1990er Jahren einseitig auf die postkommunistischen Strukturen fokussiert habe. Zu leicht seien antifaschistische Meinungen als kommunistisch denunziert worden. Dabei geriet die Entwicklung im rechtsextremen Lager völlig aus dem Blick und so sei «der rumänische Faschismus (in legionärem oder anderem Gewand), unbehelligt vom ‚Mainstream‘ der ‚Intelligenz‘, wiedergeboren worden und er begann, sich zu vermehren und Anhänger:innen unter den neuen Generationen zu finden.»³

Wie so oft, ist den rumänischen Diensten nur begrenzt zu trauen. Der Chef des Auslandsgeheimdienstes (SIE) amüsierte sich am 8. Dezember 2024, als Verhaftungen militanter Extremisten Hinweise für einen geplanten Staatsstreich boten, bei der Formel Eins in Abu Dhabi. Die Briefings des (oft als Nachfolger der Securitate bezeichneten) Inlandsgeheimdienstes SRI kannten bis Ende November keine relevante rechtsextreme Gefahr; anderslautende Hinweise wurden stets klein geredet und Anzeigen nicht verfolgt. Bei der Notwendigkeit, die entstandene Situation vor einem genuin rumänischen Hintergrund zu

betrachten, der auch die Rolle der Orthodoxen Kirche und die miserable Bildungspolitik seit 1990 einschliessen muss, darf nicht die von den Informationsdiensten konstatierte Rolle staatlicher Akteure von ausserhalb Rumäniens vernachlässigt werden. Diese wird wohl von russischen Kräften ausgeübt, wobei die Aufklärung noch im Werden ist. Deutlich aber sind Parallelen zu den destabilisierenden Vorgängen in der Republik Moldau wie auch jenen in Georgien. Dem als Ideologen Putins gehandelten faschistischen Philosophen Alexander Dugin wurden in den ersten Dezembertagen Äusserungen zugeordnet, die eine absehbare Eingliederung Rumäniens nach Russland prophezeiten.

Die Rolle von TikTok als private Datenkrake ist inzwischen Gegenstand von Untersuchungen durch europäische Institutionen. Es wird sich noch zeigen, ob chinesische Behörden in die Wahlkampagne Georgescus involviert waren und somit auch diese Seite unter staatliche Einmischung von aussen fiel. Die politische Frage, wie der zunehmende Einfluss von rechtsextremen Kräften in der rumänischen Gesellschaft langfristig bekämpft werden kann, braucht dringendst Antworten.

Politische Unsicherheit

Rumänien steht vor schwierigen Zeiten. Die grossen politischen Parteien müssen sich entscheiden, ob sie die Herausforderung durch die ultranationalistische Rechte akzeptieren oder sich weiterhin auf ihre traditionellen Koalitionen verlassen wollen. Das derzeitige Fehlen einer breiten, stabilen Zusammenarbeit zwischen den proeuropäischen Kräften könnte zu einer weiteren Fragmentierung der politischen Landschaft führen. Rumäniens Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zur Ukraine und zur Republik Moldau sowie zum Schwarzen Meer schreien jedoch nach Stabilität.

Wie sich die politische Situation bis zu den Neuwahlen im Frühjahr 2025 entwickeln wird und ob es den «pro-europäischen» Parteien gelingen wird, ein starkes, geeintes Bündnis zu bilden, das der zunehmenden Präsenz der Rechtsextremen in Rumänien entgegenwirken kann, ist heute noch offen. Eines ist sicher: Die politische Unsicherheit in Rumänien ist noch lange nicht vorbei, und das Land steht vor einer schwierigen und potenziell gefährlichen Phase in seiner politischen Geschichte.

Jochen Cotaru und Marie Burgun

Anmerkung: Dank an eine Vielzahl von analytischen Beiträgen zum Thema an Stefan Bichler, Sibiu/ Hermannstadt.

1. Von etwa 1933 bis 1938 entwickelte sich die «Eiserne Garde» zur Massenbewegung, auch «Legionärsbewegung» (Mișcarea Legionară) genannt.

2. Die «Eiserne Garde» war eine faschistische Bewegung bzw. politische Partei im Königreich Rumänien, deren Ideologie von radikalem Antisemitismus, mystisch-orthodoxem Fundamentalismus und rumänischem Ultranationalismus geprägt war.

3. Andrei Cornea: Sub asediu. Revista 22, 17.12. 20224 (www.revista22.ro/opinii/andrei-cornea/sub-asediu), eigene Übersetzung

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischrjne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Geraubte Kindheit – Teil 2

Zwei Schweizer Freunde, Nicolas und Bernard, haben uns mit einem dunklen Kapitel der Schweizer Geschichte konfrontiert: der Geschichte der Verdingkinder. Tatsächlich gehören beide Freunde zur letzten Generation dieser Kinder, die weit weg von ihren Familien aufwuchsen und die ihre jungen Jahre unter sehr schwierigen Umständen verbringen mussten. Hier erzählen sie, was sie erlebt haben:

Nicolas – Meine Geschichte

Ich wurde 1962 geboren und lebe derzeit in der Schweiz, in der Region Freiburg. Ich habe zwei Kinder: Florian, 29 Jahre alt, und Mariane, 20 Jahre alt. Heute arbeite ich, nach einer vielfältigen beruflichen Laufbahn, in der Betreuung von älteren Menschen mit Behinderungen. Meine erste Ausbildung war im Gartenbau. Am 30. Juni 2018 nahm ich in Mümliswil (Kanton Solothurn) an einem Begegnungstag teil, an dem Überlebende zusammenkamen – ein historisches Ereignis, an dem mehr als 900 Personen teilnahmen, die Opfer dieser willkürlichen Platzierungen waren. Viele von ihnen erzählten ihre – meistens furchterliche – Geschichte. Hier ist meine:

Mein Vater war gewalttätig und paranoid und drohte regelmässig damit, meine Mutter umzubringen, weil er davon überzeugt war, dass sie Affären mit anderen Männern hatte. Er war bereits in eine psychiatrische Klinik eingewiesen worden. Mehrmals versuchte er, sie zu ermorden, wobei er ein grosses Messer schwang, und während sie mit mir schwanger war, schlug er sie mit Schlägen auf den Bauch. Der Gynäkologe empfahl eine Abtreibung, um ihr Leben zu retten. In einer Familie, die bereits im Elend steckte und auf Almosen angewiesen war, wurde ich als Bedrohung für das Überleben meiner Mutter und als finanzielle Belastung angesehen. Als ich geboren wurde, verbreitete mein Vater das Gerücht, ich sei nicht sein Sohn, sondern der Sohn unseres Vermieters, und er focht seine Vaterschaft vor Gericht an. Ab meinem dritten Lebensjahr, nach der elterlichen Trennung, lebte ich nicht mehr mit meinem Vater unter einem Dach. Im ersten Jahr traf ich mich gelegentlich mit ihm, danach wurde ihm verboten, mich zu sehen. In meinem Haus war aus jedem Foto, auf dem mein Vater abgebildet war, sorgfältig mit einer Schere sein Gesicht ausgeschnitten worden. Ich musste mit einem Geisterpapa leben, der nach und nach aus meiner Existenz ausgelöscht wurde. Eine Erinnerung an diese Zeit ist die Armut, in der wir lebten. Wir überlebten unter sehr schwierigen materiellen Bedingungen. Wenn wir wirklich nichts mehr hatten, wurde ich mit einer Milchkanne in eine Feldküche der Armee geschickt, um etwas zu essen zu holen. Im selben Jahr 1967 wurden meine Mutter, meine Grossmutter und wir fünf Kinder trotz des gesetzlichen Verbots, Familien in der Schweiz auszuwei-

sen, unter dem Druck des Präfekten, des Friedensrichters und des Pfarrers gezwungen, die Stadt Romont zu verlassen. Die Gemeinde weigerte sich eindeutig, sich um dieses Elend zu kümmern.

Nach langen Verhandlungen mit den Behörden der Stadt kamen wir in Freiburg an. Wir lebten immer noch in grosser Unsicherheit. Meine Grossmutter, die Angst vor den Ausgaben hatte, liess uns die Reste essen, die die Paulusschwester normalerweise für die Schweine bestimmten. Ich habe das nicht unbedingt in schlechter Erinnerung behalten. Zu dieser Zeit übertrug meine Mutter ihre Angst vor einem psychiatrischen Erbe auf uns, und jede Regung bei mir wurde von ihr als Zeichen dieses Erbes wahrgenommen, was ihre Besessenheit noch verstärkte. Als ich fünf Jahre alt war, wurde bei mir eine schwere geistige Behinderung diagnostiziert, die eine Reihe von Tests nach sich zog, und ich musste mehrere Monate lang Neuroleptika einnehmen. Diese Stigmatisierung erfüllte mich mit Scham. Als ich sechs Jahre alt war, änderte sich alles: Ich wurde in eine Einrichtung für «Taubstumme» eingewiesen, obwohl ich es nicht war, und dann mehrere Jahre lang von Pflegefamilie zu Pflegeeinrichtung weitergereicht.

Damals war ich über die Gründe für meine verschiedenen Unterbringungen völlig im Unklaren, was mich sehr schmerzte. Ich wurde ständig belogen, ohne dass ich jemals über die getroffenen Entscheidungen oder meine Zukunft informiert wurde. Jeder Wechsel der Familie oder der Einrichtung war ein brutaler Schock, ohne dass meine Meinung oder meine Gefühle berücksichtigt wurden. Ich habe zwischen meinem sechsten und fünfzehnten Lebensjahr an sieben verschiedenen Orten gelebt. Heute verstehe ich, dass niemand für diese verschiedenen Unterbringungen bezahlt hat, was zu all diesen Umwälzungen beigetragen hat.

Als ich elf Jahre alt war, erklärte ein Arzt einer religiösen Erzieherin im Heim, dass laut seinen Untersuchungen und Beobachtungen meine Geschlechtsidentität nicht eindeutig geklärt sei. Er war sich nicht sicher, ob ich ein Junge sei. Er empfahl eine Operation zur Geschlechtsumwandlung, um mich an eine weibliche Geschlechtsidentität anzugleichen. Obwohl ich bei der Geburt als männlich bezeichnet wurde, leiteten die damaligen Ärzte einen medizinischen Prozess der Geschlechtsumschreibung ein. Eines Tages

wurde ich vor einer Versammlung von Fachleuten im Kinderspital Bern nackt auf einem Tisch ausgestellt. Ein Professor präsentierte mit einem Stab meine Genitalien, meine «Anomalien», meine «Missbildungen» und gab Erklärungen auf Deutsch ab. Ich erlebte diesen Moment als Missbrauch und Erniedrigung. Ohne mir eine Erklärung zu geben, begannen sie mit den Hormonspritzen, die angeblich einer der ersten empfohlenen Schritte in diesem Transformationsprozess sein sollten. Einige Monate später, als ich ihre Entscheidung verstand, rebellierte ich und entschied mich, die Behandlung nicht fortzusetzen und die Injektionen nicht mehr zu akzeptieren. Und niemand hat sich darum gekümmert!

Ich verliess die Schule vorzeitig, ohne Lesen und Schreiben zu beherrschen, was mich tief geprägt hat. Aufgrund von Legasthenie, Dysorthografie und einer sogenannten «geistigen Behinderung» habe ich die Sekundarstufe nie abgeschlossen – Hindernisse, die mein Leben auch heute noch belasten. Es waren nicht nur meine kognitiven Herausforderungen, die zu meinem Schulabbruch geführt haben. Die häufigen Platzierungen in instabilen Umgebungen haben mich in einen ständigen Zustand des Überlebens versetzt. Trotz meiner Bemühungen fühlte ich mich isoliert und hilflos gegenüber meinen Problemen. Die Schule wurde von einem Zufluchtsort zu einem Ort der Ausgrenzung, an dem ich die Last der Urteile und der Etikettierung als «intellektuell minderwertig» zu tragen hatte.

Mit 14 Jahren traf ich auf Schwester Marie-Blanche, die sich bereits seit meinem sechsten Lebensjahr um mich gekümmert hatte. Als ich ihr von meinem Wunsch zu studieren erzählte, antwortete sie mit einem höhnischen Lachen: «Du hast nicht das Niveau, du wirst es nicht schaffen!». Diese Demütigung, die von dem geprägt war, was Alice Miller als «schwarze Pädagogik» bezeichnet, hinterliess bei mir tiefe Narben. Dennoch haben ihre Worte in mir eine Entschlossenheit wiederbelebt: zu beweisen, dass ich trotz meiner Schwierigkeiten und meiner Vergangenheit in einem Heim Erfolg haben kann. Zu viele meiner Mitschüler waren in die Kriminalität, Psychiatrie, Drogen oder in den Selbstmord abgeglitten, aber ich wollte einen anderen Weg einschlagen.

Mit 15 Jahren begann ich eine Lehre als Gärtner, eine entscheidende Zeit, in der ich meine Zukunft selbst in die Hand nahm. Ich fügte mich gut in den Betrieb ein und wurde schnell zu einer Bereicherung bei der Überwachung der Kulturen. Mein Organisations-talent und meine Zuverlässigkeit wurden anerkannt, ich liebte meinen Beruf. Zum ersten Mal wurde ich nicht nach meinen intellektuellen Fähigkeiten beurteilt, was mir half, mich im Unterricht auszuzeichnen. Ich schloss meine Ausbildung mit einer der besten Noten des Kantons ab und trotzte damit den Erwartungen, die mit meiner vermeintlichen Behinderung verbunden waren. Von da an bekam mein Leben einen Sinn und ich begann, Lebenspläne zu schmieden. Ein echtes Sprungbrett für die Zukunft! Ich möchte heute all jenen danken, die mir auf meinem Weg immer wieder die Hand gereicht und mir Hoffnung und Mut gegeben haben. Diese

Menschen haben einfach an mich geglaubt und meine Stärken hervorgehoben.

Mit 19 Jahren in die Welt der Erwachsenen einzutreten, war eine echte Herausforderung. Ich weiss noch, dass ich voller Ehrgeiz ankam, mich in die Arbeitswelt integrieren und einen Beitrag zur Gesellschaft leisten wollte. Ich ergriff jede Gelegenheit, die sich mir bot, und wollte einen klaren Bruch mit meiner Vergangenheit vollziehen. Doch das Etikett «Pflegekind» schien an mir zu kleben und erinnerte mich immer wieder daran, woher ich kam. Da ich immer in Gemeinschaften gelebt hatte, fehlte mir plötzlich das nötige Rüstzeug, um selbstständig zu leben. Mein sozialer Kreis ausserhalb der Heime war begrenzt, was mir ein Gefühl der Verletzlichkeit vermittelte. Dieser Übergang zum Erwachsenenalter erforderte eine erhebliche Anpassung, die von Angst, aber auch von Mut geprägt war.

Irgendwann ging ich nach Vienne in Frankreich, um meine schulischen Defizite auszugleichen. Während dieses Jahres studierte ich Philosophie, Literatur, Soziologie und erhielt eine Einführung in die Psychologie, wobei ich mit anderen Jugendlichen aus verschiedenen Teilen Frankreichs zusammenlebte. Es gelang mir, eine solide Grundausbildung zu erwerben, die mir mein ganzes Leben lang wertvoll war. Anschliessend ging ich für eine bereichernde soziale Erfahrung in die Toskana in Italien, wo ich an einem internationalen Institut mit über 100 Nationalitäten arbeitete. Diese Erfahrung hat mein Leben tief geprägt und ihm einen Sinn als Erwachsener verliehen. Vielleicht hat sie mich nicht so sehr verändert, sondern vielmehr enthüllt, wer ich wirklich bin.

Als ich in Italien ankam, fühlte ich mich leichter, als ob die Last meiner Vergangenheit von meinen Schultern genommen worden wäre. Die Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern spiegelt auch einen Kontext und eine Geschichte wider. Sich in einer anderen Sprache als Französisch ausdrücken zu können, hatte einen erheblichen Einfluss auf mein Verhalten und mein Umfeld. Ich hatte das Gefühl, Informationen anders zu verarbeiten und weniger von den Emotionen aus meiner Vergangenheit belastet zu sein. Einige Jahre später, nachdem ich ein Jahr in Algerien, dann in Süditalien und in der Toskana verbracht hatte, um meine Ausbildung zum Erzieher zu vertiefen, kehrte ich in die Schweiz zurück. Ich engagierte mich in verschiedenen sozialen Bereichen. Ich arbeitete mit Menschen mit Suchtproblemen im städtischen Umfeld und später als Sozialarbeiter in einem Hochsicherheitsgefängnis. Ausserdem habe ich Jugendliche in einem Erziehungsheim unterstützt und derzeit begleite ich Menschen mit Behinderungen.

Und auf der persönlichen Ebene: ich habe geheiratet und zwei wunderschöne Kinder haben eine neue, riesige Freude in unser Leben gebracht. In ihnen

habe ich körperliche Merkmale und Familienähnlichkeiten wiedergefunden, was eine Leere in mir füllte und dazu beitrug, meine Identitätsfragen zu beruhigen. Sie wirkten wie ein Anker, der mich zu meinen Wurzeln zurückführte. Unsere Verbindungen verstärkten meine Suche nach Identität, sowohl nach genealogischer als auch nach emotionaler Identität. Nach und nach begannen meine Wunden zu heilen, auch wenn sie immer noch in mir vorhanden sein werden. Heute ist mein Sohn erwachsen, er ist berufstätig und meine Tochter befindet sich noch in der Ausbildung im sozialen Bereich. Durch den Aufbau der Familie, die mir so sehr gefehlt hatte, konnte ich endlich meinen Platz finden. Ich werde nun voll akzeptiert und anerkannt, eine Erfahrung, die mir in meiner Kindheit verwehrt geblieben war.

Nicolas

Bernard – Lange Jahre fremd

Sicher ist, ich wurde am 17.12.1968 in Delémont im Kanton Jura in der Schweiz geboren. Vom Hörensagen weiss ich, dass ich wohl staatlicherseits aus der Obhut meiner Mutter genommen wurde und in den ersten Lebensjahren, also als Kleinkind, auf verschiedenen Bauernhöfen im Emmental platziert wurde. Etwa im Alter von 4 Jahren kam ich, nicht etwa durch gewissenhafte Arbeit der Sozialbehörden, sondern durch einen glücklichen Zufall, zu einer Bergbauernfamilie im Kanton Jura. Dort gab es ursprünglich 9 leibliche Kinder, Mutter und Vater, also eine intakte Familie. Fünf schon erwachsene Kinder lebten nicht mehr permanent auf dem Hof. Ich und mein 3 Jahre jüngerer Bruder kamen dazu. Es gab viel Arbeit auf dem Hof und alle Kinder wurden in die tägliche Arbeit einbezogen. Ich wurde nicht gequält, geschlagen oder absonderlich behandelt. Innerlich und ganz subtil habe ich aber immer gespürt, dass ich und mein Bruder trotzdem Aussenseiter

sind und ich habe immer befürchtet, vielleicht auch von hier wieder willkürlich entfernt zu werden. In meiner eigenen Unsicherheit gefangen, habe ich es kaum vermocht, mich genügend um meinen kleinen Bruder zu kümmern, ihm zu helfen und ihn zu unterstützen. Diese Vorwürfe quälen mich bis heute.

Ein- oder zweimal im Jahr kam ein Behördenmitarbeiter, um nach uns zu schauen, aber niemals, um mit uns zu sprechen oder uns wenigstens ein gewisses Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Als ich ca. 11 Jahre alt war, wurden wir willkürlich und unerwartet in einer anderen Familie platziert. Auch hierzu wurden wir weder gefragt, noch angehört, sondern durch Mitarbeiter einer Behörde einfach «weitergeschoben». Ich musste von einer französisch-sprachigen Schule in eine deutsch-sprachige wechseln, was mir sehr schwerfiel. Ich verlor mein gesamtes bisheriges familiäres Umfeld, Freunde und Mitschüler. In dieser Familie lebte ich bis zum 16. Lebensjahr. Ich erhielt Nahrung, Kleidung und ein Bett, eine menschliche Bindung oder Beziehung bestand nie. Nach Beendigung des 16. Lebensjahres zog ich aus und ging in die Lehre. Die Verbindung zu meinem Bruder ging in dieser Zeit leider verloren. Ich begann, intensiv Fussball zu spielen. Der Fussballplatz und die Mannschaft wurden mein Zuhause. Ich träumte von einer Fussballerkarriere und gab mein Bestes, um erfolgreich zu sein. Auch unter Aufbietung aller meiner körperlichen Kräfte wurde die Mannschaft sehr erfolgreich. Eine schlimme Verletzung beendete diesen Weg vorzeitig.

In den Ferien oder an Wochenenden hielt ich mich noch oft bei der mir bekannten Bergbauernfamilie auf. Über diesen weiter bestehenden Kontakt lernte ich in den folgenden Jahren auch die in der gleichen Gemeinde ansässige Kooperative Longo mai kennen. Hier fühlte ich mich zum ersten Mal in der Gemeinschaft verstanden und angenommen. Ich schloss Freundschaften mit Gleichaltrigen, fand aber auch väterliche Freunde und



Gemälde der bevorstehenden Ausstellung «Kunst als Mittel zur Resilienz und Rehabilitation» (Freiburg, 2025)

Unterstützer. Im Grunde genommen waren das die ersten positiven und selbstbestimmten Erfahrungen in meinem Leben.

Aber Abbrüche, Probleme, Ohnmachts- und Verlassenheitsgefühle, Identitätsverlust und Scheitern wirken sich bis heute auf mein Leben aus. Im frühen Erwachsenenalter bin ich von Ort zu Ort und von Land zu Land gezogen. Meine Beziehungen zu Frauen hatten nie lange Bestand und ich konnte nicht sesshaft werden. Ich adoptierte und übernahm Verantwortung für ein Kind, weil ich dachte, dies würde mich zu Sesshaftigkeit und Beständigkeit zwingen. Leider ist es mir nie richtig gelungen und ich habe mit meinem

unsteten Lebenswandel auch Mitmenschen zumindest in Mitleidenschaft gezogen. Erst jetzt mit fast 60 Jahren wurde ich in Ostdeutschland heimisch und habe mich hier gebunden. Auch mein beruflicher Werdegang war unstet und von Abbrüchen geprägt, erst als Schäfer in der Arbeit mit Tieren konnte ich Ruhe und Zufriedenheit finden.

Angesichts dieser Bilanz ist die von der Schweizer Regierung zugesprochene «Entschädigung» in Höhe von 25.000 CHF eher als Verhöhnung und keinesfalls als angemessen zu betrachten. Ich fordere für alle Betroffenen eine lebenslange Rente, um Existenzängste abzumildern und den Lebensabend

finanziell zu sichern. Gleichzeitig sollen Residenzen geschaffen werden, um soziale und menschliche Zugehörigkeit und Sicherheit wenigstens im letzten Lebensabschnitt erfahren zu können. Sicher ist also auch: Staatliche Massnahmen haben Menschenleben beschädigt und Existenzen zerstört. Es ist die Pflicht des Staates, hierfür Verantwortung zu übernehmen und entsprechende angemessene Massnahmen zu ergreifen, um materielle, aber auch immaterielle Schäden anzuerkennen und zu mindern.

Bernard

FRANKREICH

Gegen den mehrheitlichen Willen

Überraschend war letztlich nur die Inszenierung. Nach mehrtägiger Verzögerung gegenüber eigenen Ankündigungen, und nachdem er noch am Vormittag die Absicht dementiert hatte, ernannte Staatspräsident Emmanuel Macron am Mittag vom 13. Dezember 2024 François Bayrou zum neuen Premierminister.

In deutschen Medien wird er meist als «liberal» charakterisiert. Richtiger wäre eine Einordnung in eine christdemokratische Tradition. Bayrous erste Partei in den 1970er und 1980er Jahren, das CDS («Zentrum sozialer Demokraten») war die französische Variante der Christdemokratie, die auf der bürgerlichen Rechten tendenziell durch den Gaullismus marginalisiert worden war. Später stand er den ähnlich orientierten Mitte-Rechts-Parteien «Force démocrate» sowie zuletzt und bis heute dem «Mouvement démocrate» (Modem) vor. Nach drei erfolglosen Präsidentschaftskandidaturen unterstützte Bayrou 2017 und 2022 die Wahl Emmanuel Macrons. Insofern ist Macrons Entscheidung, ihn zum Premierminister zu ernennen, nur ein Rückgriff auf die Personalreserven im eigenen politischen Lager, das seit den Parlamentswahlen von 2022 und den vorgezogenen Neuwahlen von 2024 stark eingeschrumpft ist.

Am 4. Dezember war durch den Sturz des erst seit neunzig Tagen amtierenden Premierministers Michel Barnier – mittels eines parlamentarischen Misstrauensvotums – eine Regierungskrise ausgelöst worden. Diese nutzte zunächst EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aus: Sie flog in Uruguays Hauptstadt Montevideo und unterzeichnete dort flugs das seit rund zwanzig Jah-

ren in Verhandlungen steckende und höchst umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Binnenmarkt Mercosur.

Frankreich hatte bis dahin auf EU-Ebene am stärksten gegen das Abkommen opponiert, das unter anderem aufgrund seiner ökologischen Auswirkungen durch Förderung der auf Grossgrundbesitz fussenden, exportorientierten Landwirtschaft und Viehzucht in Argentinien sowie Brasilien kritisiert wird. Dabei muss die französische Regierung Rücksicht auf den heimischen Agrarsektor nehmen, während die deutsche vor allem die Interessen ihrer Exportindustrie im Automobil- und Flugzeugbausektor pusht und sich für das Abkommen stark machte.

Ansonsten gibt es Menschen, die durch den Regierungssturz verlieren, wie in der Landwirtschaft, weil das Haushaltsgesetz, das jetzt zusammen mit der konservativ-wirtschaftsliberalen Minderheitsregierung Barniers gescheitert ist, für 2025 finanzielle Zugeständnisse für die Landwirte vorgesehen hatte, die auf die Agrarproteste zu Anfang des Jahres 2024 sowie im November folgten. Diejenigen, welche durch das Scheitern gewinnen, überwiegen jedoch deutlich. Denn der Haushaltsentwurf für 2025 stand im Zeichen der Austeritätspolitik und enthielt vor allem krasse

Einschnitte. Dazu zählten die Verringerung der Rückzahlung von Arzneimittelkosten durch die gesetzliche Krankenversicherung von bislang 70 auf 60 Prozent, die Einführung von drei Karenz- oder unbezahlten Krankheitstagen statt bisher einem zu Beginn jeder Erkrankungsperiode für Staatbedienstete, die Abschaffung der Inflationsanpassung für Renten und andere staatliche Unterstützungen. So wird das jetzt nicht stattfinden können.

Skepsis der linken Parteien

Dass das kurzlebige Stimmbündnis aus Abgeordneten sämtlicher Linksparteien (mit Ausnahme einer einzigen sozialdemokratischen Parlamentarierin) zusammen mit denen des rechtsextremen «Rassemblement national» (RN) für den Sturz Barniers zustande kam, hat vor allem interne Gründe bei der letztgenannten Partei. Die Linksparteien waren ohnehin – wie angekündigt – fest dazu entschlossen, Barnier das Misstrauen auszusprechen. Der RN hingegen hatte seit September als Mehrheitsbeschaffer dessen Kabinett toleriert – eine Premiere für eine rechtsextreme Partei in der französischen Nachkriegsgeschichte. Doch die Wählerschaft des RN rückte in Umfragen immer stärker von der Unterstützung der Regierung Barnier ab. Und die Partei wollte durch den Entzug dieser Unterstützung ihre Machtposition unter Beweis stellen, auch wenn der Partei- und die Fraktionsvorsitzende – Jordan Bardella und Marine Le Pen – sich darüber uneins waren.

Der RN hat Bayrou das Vertrauen ausgesprochen. Er habe, laut Bardella, den RN ja immer «respektvoll behandelt». Die Partei werde jedoch inhaltliche Forderungen stellen. Die Linksparteien zeigen sich – logischerweise – skeptisch, da Macron auf diese Art seinen bisherigen rechtsliberalen Kurs bruchlos fortsetzt.

Bernard Schmid, Paris